

Die Reichskanzlerfronde.

Der Kanzler und die Kriegsziele.

— Berlin, 26. Juni. (Priv.-Tel.)

Die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann über die entschiedene Abneigung des Reichskanzlers gegen Annexionen und die vieldeutigen Bemerkungen des Kanzlerorgans zu dieser Rede haben die Kontroverse über die Annexionen in Deutschland wieder erweckt. In den konservativen und den nationalliberalen Kreisen spricht man sich wieder ganz entschieden für Annexionen aus, behauptet, daß der Abg. Scheidemann den Reichskanzler, der für Annexionen sei, mißverstanden habe, und fordert, daß solchen Mißverständnissen öffentlich entgegengetreten werde — was in der lückenhaften Erklärung der Nordd. Allg. Ztg. nicht geschehen sei. So schreibt der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann in der Tägl. Rundschau: „Es entsteht sonst die Gefahr, daß die erklärliche verschiedene Färbung der einzelnen Unterredungen des Kanzlers die Parteien zu verschiedenen, wenn nicht gar entgegengesetzten Ueberzeugungen hinsichtlich der Friedensziele des Kanzlers führt. Bedenklich, wenn auch aus mancherlei Gründen erklärlich, war es schon, daß die öffentlichen Kriegsziel-äußerungen des Kanzlers im Reichstag mancherlei Interpretationskünsten den Weg wiesen. Ein noch größeres Uebel würde es sein, wenn auch die Eröffnungen des Kanzlers in vertraulichen Unterredungen die gleiche Undeutbarkeit behielten. Der größte Schade aber wäre es, wenn hieraus der unmögliche und unerträgliche Eindruck entstände, als seien solche Darlegungen des Kanzlers je nach der Parteistellung des Gesprächsteilnehmers nicht nur anders gefärbt, sondern auch anders geartet.“ Abg. Fuhrmann schreibt dann weiter, daß die „erdrückende Mehrheit“ des deutschen Volkes wünsche, „daß aus dem Kriege ein größeres und stärkeres Deutschland hervorgehe“.

Eine andere Kontroverse knüpft an die Rede des Großadmirals v. Roeder im Flottenverein an. Die Äußerungen des Großadmirals über die Vorteile des rücksichtslosen Unterseebootkrieges haben dessen publizistischen Vertretern wieder neuen Mut eingebläst. Die Diskussion für und gegen den rücksichtslosen Unterseebootkrieg lebt wieder auf. Dabei hebt die Deutsche Tageszeitung, das Hauptorgan dieser Anschauung, hervor, daß das Wolffsche Bureau über diese Rede in ganz eigentümlicher Weise berichtet habe: „Es fehlt in diesem Bericht nicht etwa nur die bedeutamste Äußerung des Großadmirals: ‚Wir wissen, daß wir bei rücksichtslosem Gebrauch der Unterseebootwaffe den Feind in verhältnismäßig kurzer Zeit ins Herz zu treffen in der Lage wären‘; vielmehr erscheinen Ton und Wirkung der Auslassungen des Großadmirals zu dieser Frage fast in ihr Gegenteil verkehrt.“ Dazu bemerkt wieder die Kreuzzeitung: „Das Wolffsche Bureau wird nicht umhin können, zu diesen Feststellungen das Wort zu nehmen.“

Die Freunde der Annexionspolitik wie die des rücksichtslosen Unterseebootkrieges sind beide Gegner des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg. Die Fronde erhebt wieder ihr Haupt. Der Griff in das Wespennest, den der Reichskanzler in seiner letzten Reichstagsrede versucht hat, hat ihm eine kurze Zeit Erleichterung gebracht. Jetzt sind seine Gegner noch kühner als zuvor, und an Stelle der geheimen Kampfleute sind jetzt die offenen Anarisse getreten. Den Ton gibt die vom Reichskanzler erwähnte Schrift von „Junius alter“ an, deren Inhalt nun auch in weitere Kreise dringt. Der Kernsatz der Schrift lautet:

„Von allen Kriegszielforderungen, die im Verlauf des deutschen Daseinskampfes erhoben worden sind, erscheint das Verlangen nach der Beseitigung dieses Kanzlers als die allerdringlichste, denn von keinem äußeren Feinde droht uns in den nächsten Jahren eine auch nur annähernd so ernste Gefahr, wie sie eine weitere Kanzlerschaft Herrn v. Bethmann Hollwegs bedeutet. Mag er persönlich das Beste wollen — was nützt dem Reiche ein Geist, der stets das Gute will und stets das Böse schafft.“

Die freikonservativen Berliner Neuesten Nachrichten und andere rechtsstehende Blätter veröffentlichten ein förmliches Pronunziamiento gegen den Kanzler, von dessen vier Anklagepunkten zwei hier wiedergegeben seien:

„Alle Nationalgesinnten, neun Zehntel der landfässigen Bevölkerung, der Führer und Gebildeten im konservativen und nationalliberalen Lager, sieben Zehntel der Führer und akademisch Gebildeten auch in der Reichspartei, im Zentrum und in der fortschrittlichen Volkspartei, dazu alles, was völkisch und in Volksfragen elementar deutsch empfindet im Bauerntum, im Handwerk, im Kleinhandel, denkt politisch so, daß alle die hier Genannten sachlich kaum weit abweichen von den Meinungen des Herrn Rapp. Wie das Offizierskorps in Meer und Marine denkt, unterziehen wir keiner Feststellung oder Abschätzung. Alle diese Kreise wünschen das Beste für das Vaterland, suchen auch an Verbesserungen in der Handhabung der auswärtigen Politik zu glauben, freuen sich sogar, wo es anscheinend wirklich besser und vorwärts geht, können aber nicht hinweg darüber, daß in der U-Bootfrage niemals hätte geschehen dürfen, was geschah. Entweder mußte dieser Streit nicht begonnen oder anders beendet werden.“

„Diese Kreise sehen mit Bedauern in der auswärtigen Politik nur die alten Kräfte tätig, die vor dem Kriege allgemein als nicht ausreichend erschienen waren. Diese Kreise beklagen die Kanzlervorte vom 4. August 1914 über Belgien als einen unererblichen Verlust; und sie glauben nicht zu irren, kürzlich sogar in der Frankfurter Zeitung einen auffallenden Angriff auf ‚schwache Hände‘ an der Spitze des Auswärtigen Amtes gelesen zu haben.

Dies in Verbindung mit offenkundiger Unklarheit und mit deutlichem Schwanken an amtlicher

Stelle über mögliche und erwünschte Kriegsziele (unter gleichzeitiger Anebelung aller, auch der vertraulichsten Versuche, das Kriegsziel in abgeschlossenen Kreisen politischer und militärischer Hörer und Leser zu klären) hat hohe Grade vaterländischer Entrüstung entzündet — ohne daß jedoch die davon betroffenen Kreise aufgehört hätten, auch gegenüber den amtlichen Stellen das gemeinsame Beste zu suchen und die Pflicht zur Arbeit und Mitarbeit über die Kritik zu stellen.“

Gegen diese Fronde wenden sich vorläufig vereinzelte Stimmen im Zentrum (deren Berliner Organ Germania) und in der freikonservativen Partei, deren hervorragendes Mitglied Freiherr Octavio v. Zedlitz (Neufirk) sich in einer Rede wegen der ungünstigen Wirkung, die solche Treibereien auf das Ausland haben könnten, gegen die Fronde wendet. Er befürchtet auch, daß sie den Reichskanzler, so wie Bismarck in den ersten Siebzigerjahren, in das Lager der Linken treiben könnte. Seine Ausführungen werden jedoch vom Hauptorgan der Konservativen, der Kreuzzeitung, entschieden zurückgewiesen.